



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Sucht- und Drogenprävention strategisch und datenbasiert weiterentwickeln“ (Drucksache 20/4089)

Aufbau eines Landesknottenpunktes in Schleswig-Holstein zur datenbasierten Drogen- und Suchtprävention

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass im Landeshaushalt für den Aufbau eines Landesknottenpunktes Suchtprävention und Suchthilfe 100.000 Euro zur Verfügung stehen. Ziel des Landesknottenpunktes ist es, als zentrale fachliche und koordinierende Stelle auf Landesebene ein aktuelles, belastbares Lagebild zu Drogenkonsum, neuen Substanzen und damit verbundenen Gesundheitsgefahren zu erstellen und entsprechende Informationen weiterzugeben. So können frühzeitig gesundheitsgefährdende Entwicklungen erkannt, relevante Akteure wie Behörden und Landessuchtstellen zeitnah informiert und zur Schadensminimierung beigetragen werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung in diesem Zusammenhang:

- das integrierte Bund-Länder-System für Warnung und Monitoring, das Nationale Frühwarnsystem (NEWS), durch den Aufbau eines Landesknottenpunktes aus Schleswig-Holstein heraus aktiv zu unterstützen.
- für die praktische Umsetzung des Landesknottenpunktes die Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein e.V. weiter zu fördern, um eine regional differenzierte Datenerhebung zum substanzspezifischen Drogenkonsum in

Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Hierzu gehört die Sicherstellung einer validen Evaluation zu Konsum- und Verbreitungsmustern legaler und illegaler Drogen z. B. durch den Einbezug von Polizeistatistiken, Befragungen sowie die Gewährleistung einer detaillierten Auswertung und Aufbereitung der Datengrundlage und ein engmaschiges Monitoring.

- auf diesen Daten und Erkenntnissen aufbauend ein wirksames Frühwarnsystem insbesondere im Hinblick auf lebensgefährliche psychoaktive Substanzen zu etablieren. Hierbei sollen alle relevanten Akteurinnen und Akteure im Rahmen eines regelmäßigen Expertenaustausches (u.a. Angebote der ambulanten und stationären Suchthilfe, Kommunen, Notaufnahmen, Rettungsdienste, Strafverfolgungsbehörden, Straf- und Maßregelvollzug, Wohnungslosenhilfe) einbezogen werden.
- Mit den aus der Arbeit des Landesnotenpunktes gewonnenen Erkenntnissen, die Sucht- und Drogenprävention gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren im Land nachhaltig zu unterstützen und fortzuentwickeln, um gesundheitliche Risiken durch Präventionsangebote (wie Drug-Checking, zielgruppenspezifische Handlungsempfehlungen, etc.) und gesamtgesellschaftliche Kosten zu reduzieren.

Dagmar Hildebrand
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion